



Protokoll der 37. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. Mai 2008, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ernst Burkhardt, Doris Lagnaz, Claudia Roche

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliches Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2008/206
2. Berichte des Stadtrats und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision / Genehmigung / 2. Lesung <i>://: Teilrevision in der Fassung der GoR genehmigt. ://: Auftrag an den Stadtrat betreffend Wahlbüro abgeschrieben.</i>	2007/190 2007/190a
3. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Rebgarten“ / 2. Lesung <i>://: Quartierplanung genehmigt. ://: 2 Zusatzanträge der BPK genehmigt.</i>	2007/184 2007/184a
4. Motion der Interfraktionellen Einwohnerrätlichen Integrationsgruppe betreffend Schaffung eines Partizipations-Reglements <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2007/187
5. Postulat von Paul Finkbeiner und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Uni-Campus in Liestal <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2007/179
6. Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“ <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2007/188
7. Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2008/194
8. Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Daniel Spinnler, FDP-Fraktion, und Philipp Senn, SP-Fraktion, betreffend Subventionen Steinenbrüggli <i>Erledigt.</i>	2008/195
9. Postulat von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neue Bushaltestelle Rosen <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2008/198

10. Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sichere Wasserversorgung 2008/201
Erledigt.
11. Verfahrenspostulat von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion betreffend Einrichtung einer ständigen Einwohnerrats-Kommission für Soziales und Bildung 2008/202
://: Nicht an das Büro überwiesen.
12. Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Tor von Liestal 2008/203
Erledigt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Mai-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 16. April 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Wenn sich eine Interpellantin bzw. ein Interpellant nach der Antwort des Stadtrats zum Vorstoss äussern will, sollte sie oder er eine Diskussion verlangen. Umgekehrt, wenn sie oder er keine Diskussion wünscht, so sollte die stadträtliche Antwort nicht kommentiert werden.
- Die Fraktionspräsidenten haben sich heute Nachmittag zu einer zweiten Sitzung getroffen und die Präsidien und Vizepräsidien der Kommissionen nominiert.
- Das Büro hat an einer Kurz Sitzung vom 16. April 2008 die Mitglieder der Spezialkommission „Familienergänzende Tagesstrukturen“ gewählt. Als Präsidentin wurde Erika Eichenberger, als Vizepräsident Markus Meyer gewählt.
- Der in den Rat gewählte Christoph Itin (FDP) verzichtet auf das Amt. Für ihn rückt Roman Zeller nach.
- An jedem Platz liegt die Einladung zum Einwohnerrats-Schlussessen vom 18. Juni 2008. Es wird gebeten, den Anmeldetalon gleich nach der Sitzung abzugeben.
- Ausserdem befindet sich an jedem Platz das Programm für den Einwohnerrats-Ausflug nach Waldkirch vom 14. Juni 2008 auf. Die Einwohnerrats- und Stadtrats-Delegation ist noch nicht sehr gross. Alle, die noch unentschlossen sind, werden hiermit ermuntert, mitzukommen. Es verspricht ein Tag voller Highlights zu werden.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|------------------------------|
| - Regula Nebiker | Seite FDP |
| - Elisabeth Augstburger | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Adrian Mächler | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Dringliches Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund (Nr. 2008/206);
- Postulat von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Raum für Gewerbe, Jungunternehmen und Kulturschaffende (Nr. 2008/205);
- Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend Mehr Kunden und weniger Parkplatzdruck dank Stedtli-Ruf-Taxi (Nr. 2008/207).

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit,

- mit den Mietern des Hanro-Areals habe ein erstes Gespräch stattgefunden. Die zweite Runde finde am 03. Juni 2008 zusammen mit den Investoren, Planern, Vermietern und Mietern statt. Nach seiner Einschätzung sehe die Entwicklung gut aus. Der Stadtrat sei

aber nicht bereit, vom Quartierplan Hanro abzurücken. Er hoffe, dass das Thema in den Fraktionen ausdiskutiert werde, bevor der Einwohnerrat es am 18. Juni 2008 behandeln werde. Er sei zuversichtlich, dass eine 4/5-Mehrheit erreicht werde.

- dass zur Testplanung Zentrum Nord ausgezeichnete Arbeiten von vier Teams vorliegen würden. Am 18. Juni 2008 wolle die Stadt die Resultate bekannt geben und eine Ausstellung im Rathaus durchführen. Die Resultate würden in den Richtplan einfließen. Der Zeithorizont für die Quartierpläne sei Mitte nächstes Jahr.
- mit der Gewerbezone im Oristal sei man wieder einen Schritt vorwärts gekommen. Diverse Gespräche hätten bereits stattgefunden. Auf den 26. Juni 2008 habe die Stadt gegen 60 Unternehmen zu einer Veranstaltung eingeladen. Man habe Fragebögen verschickt, die vor dieser Veranstaltung ausgewertet würden. Nach den ersten Rückmeldungen sei das Interesse gross daran, etwas Gemeinsames auf die Beine zu stellen.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) informiert, dass Hanspeter Meyer ein dringliches Postulat betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund (Nr. 2008/206) eingereicht habe. Sie bitte den Postulanten um Begründung der Dringlichkeit.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) legt dar, der Beschluss des Stadtrats, einen möglichen Anschluss an den Regionenverbund Hardwasser AG nicht weiterzuverfolgen, sei nach Meinung seiner Fraktion nicht im Interesse der Bevölkerung. Die Entscheidung sei rasch zu korrigieren, da er mit dem Bau des H2-Tunnels zusammenhänge. Der Entscheid sei von grosser Tragweite und daher vom Parlament mitzutragen. Er stelle den Antrag, dass der Stadtrat dem Parlament noch vor den Sommerferien Informationen zum Stand der Dinge unterbreite. Wasser sei ein kostbares Gut. Künftige Generationen seien sicher dankbar, wenn man zur Sicherung dieses wichtigen Guts die Weichen richtig stelle. Man müsse heute regional denken, deshalb seien die Verknüpfungen mit anderen Wasserverbänden richtig. Zu beachten sei auch die Kostenseite: Zum jetzigen Zeitpunkt liesse sich eine Verbindung herstellen, bei der man die Kosten abschätzen könne. Er bitte um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Stadträtin Marion Schafroth betont, wenn sich der Einwohnerrat einschalten wolle, sei vom gegebenen Zeitrahmen her das Postulat für dringlich zu erklären, und bis zur nächsten Einwohnerrats-Sitzung müsse ein Bericht dazu vorliegen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) macht darauf aufmerksam, dass es für die Erklärung der Dringlichkeit eine Zweidrittelmehrheit brauche.

://: Das dringliche Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund wird mit 26 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen für dringlich erklärt.

300 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Dringliches Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund (Nr. 2008/206)

Das dringliche Postulat hat folgenden Wortlaut:

Dringliches Postulat betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund

Vor einigen Wochen war den Medien zu entnehmen, dass der Stadtrat beschlossen hat, einen möglichen Anschluss an den Regionenverbund Hardwasser AG, Muttenz, Pratteln, Frenkendorf und Füllinsdorf nicht weiterzuverfolgen. Der Stadtrat wurde zu einem Entscheid veranlasst, weil mit dem Bau des H2-Tunnels sich die Frage nach der Erstellung einer Leitung aufdrängt. Liestal wäre so zu einer günstigen Variante gekommen, die Vorbereitungen für einen möglichen Anschluss an die Hardwasser AG vorzusehen.

Wir meinen, dieser Entscheid sei sehr kurzfristig und würde von späteren Generationen nicht verstanden. Die Möglichkeit, jetzt – im Zusammenhang mit dem Bau des H2-Tunnels – eine Verbindungsleitung zu erstellen, ist einzigartig. Liestal käme so zu einer zukunftsorientierten Investition. Müsste nämlich später unser Leitungs-System mit der Hardwasserversorgung verbunden werden, wäre das mit enormen Mehrkosten verbunden.

Ein Entscheid von einer solchen Tragweite müsste breit abgestützt und vom Parlament mitgetragen werden. Es ist auch nicht verständlich, dass momentane Probleme bezüglich Wasserqualität bei der Hardwasser zum Vorneherein als Vorwand für einen negativen Entscheid dienen.

Unsere Erkundigungen haben ergeben, dass bis ca. Mitte 2008 die Möglichkeit besteht, die Verbindungsleitung Füllinsdorf-Liestal noch im Tunnelprojekt einfließen zu lassen. Weil die Zeit also drängt, haben wir uns entschlossen, diesen dringlichen Vorstoss zu lancieren, damit noch eine Chance besteht, den Fehlentscheid des Stadtrates zu korrigieren.

Antrag:

Wir fordern den Stadtrat auf, dem Einwohnerrat noch vor den Sommerferien Informationen zum Stand der Dinge zu unterbreiten, so dass das Parlament aufgrund dieser Informationen entscheiden kann (a: den Entscheid des Stadtrates für eine Absage an den Regionenverbund zu bestätigen oder b: den Stadtrat zu beauftragen, die Absage an den Regionenverbund zu widerrufen und die entsprechend nötigen Schritte in die Wege zu leiten).

Hanspeter Meyer
SVP/CVP/EVP-Fraktion
19. Mai 2008

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) äussert, er bedanke sich, dass das Thema dringlich behandelt werde. Die Trinkwasserversorgung sei ein sehr weitreichendes Thema und eine Sache, die nicht einfach zu bewerkstelligen sei. Seine Fraktion meine deshalb, dass man alle Optionen prüfen müsse. Sie sei dankbar, wenn ein breit gestützter Entscheid gefällt werde.

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Er habe Verständnis für die Fragen. Es handle sich um ein grosses, zukunftsweisendes Projekt. Der Stadtrat habe nun einen Meinungswandel vollzogen. Die Erklärungen dazu werde er bis zum nächsten Mal liefern. Der Stadtrat meine, er habe den Entscheid nicht unüberlegt getroffen; in seiner Absage stehe, dass er vorläufig nicht auf das Projekt eintrete. Aus

Sicht der Versorgung stehe man nicht unter Handlungsdruck. Sie persönlich sei froh, wenn der Vorstoss überwiesen werde, weil das Projekt dann einem breiteren Kreis präsentiert werde und der Entscheid breit und demokratisch abgestützt sei.

Philipp Senn (SP) teilt mit, er sei der festen Überzeugung, dass die Liestaler Wasserversorgung langfristig eher vom oberen als vom unteren Kantonsteil oder dann von einer Wasseraufbereitung kommen werde. Er könne sich auch vorstellen, dass man mit geschickten Verhandlungen die Grundwasserfassung Gitterli länger als bisher angenommen behalten könne. So lange die Grundwasserqualität dort nicht schlecht sei, gehe es nur um eine rechtliche Frage, nämlich um die Ausscheidung der Schutzzonen.

Marie-Theres Beeler (GL) fügt hinzu, auch die Grüne Fraktion stimme dem Postulat nicht zu. Es gebe zum heutigen Zeitpunkt keine Anhaltspunkte dafür, wie sich das Hardwasser von der Qualität her entwickeln werde. Ihre Fraktion sei überzeugt, dass man mit der Zustimmung zum Postulat von Voraussetzungen ausgehe, die nicht abzuschätzen seien. Regionales Denken und das Anstreben einer sicheren Versorgung könne bis zu dem Zeitpunkt, in dem es tatsächlich neue Lösungen brauche, noch viele Möglichkeiten eröffnen.

Adrian Mächler (FDP) hält fest, normalerweise lege der Stadtrat dem Einwohnerrat etwas vor, wenn er etwas entschieden haben wolle. Hier habe nun der Stadtrat entschieden, etwas nicht zu machen. Er müsse dem Einwohnerrat dazu nichts vorlegen. Das Parlament hätte aber gerne Einblick in die Entscheidungsgrundlagen, um zu dieser Entscheidung Stellung nehmen zu können. Das sei seiner Meinung nach der Beweggrund, das Postulat zu überweisen.

Vreni Wunderlin (FDP) betont, es gehe einfach darum, eine Option zu schaffen, damit man diesen Anschluss nicht verpasse. Ob man die Möglichkeit dann auch benutze, sei eine andere Sache. Sie finde, man müsse hier ein wenig längerfristig denken.

Stadträtin Marion Schafroth macht darauf aufmerksam, dass Liestal von der Hardwasser AG nur minimale Mengen regelmässig beziehen würde, rund fünf Prozent der gesamten Trinkwassermenge. Der grosse Vorteil dieser Anbindung wäre, dass Liestal dann auch ein drittes Standbein hätte. Die Stadt habe Pumpwerke in den Grundwasserströmen des Frenkentals und des Ergolzals. Wenn es irgendwo eine Havarie gebe, wäre mit dem Hardwasser ein ununterbrochener Wasserbezug garantiert.

Bernhard Fröhlich (FDP) gibt zu bedenken, es gehe in dieser Phase nicht um die Frage, ob man das Projekt Hardwasser realisiere oder nicht, sondern darum, die Trinkwasserfrage der nächsten zwanzig, dreissig Jahre zu diskutieren. Wenn man sehe, wo die Probleme lägen, wo die Engpässe seien und welche Vor- und Nachteile die verschiedenen Varianten hätten, könne man schliesslich zum richtigen Entscheid kommen. Jetzt gehe es um die Transparenz der Entscheidungsfindung.

Erika Eichenberger (GL) meint, es gehe trotz allem um die Frage, ob man den Anschluss an die Hardwasser AG wünsche oder nicht. Wenn der Stadtrat dem Einwohnerrat an der nächsten Sitzung eine Vorlage unterbreite, müsse das Parlament ja eine Wahl treffen; es stehe dann vor der Entscheidung, diese Leitung zu bauen oder ein anderes Projekt zu realisieren. Die Vorlage müsse also sämtliche Varianten gleich gewichtet präsentieren. Sie bezweifle, dass es möglich sei, in dieser kurzen Zeit eine solche Vorlage auszuarbeiten.

Daniel Spinnler (FDP) weist darauf hin, es gehe nur darum zu wissen, worüber der Stadtrat entschieden habe. Der Einwohnerrat solle ruhig seine Meinung dazu sagen.

://: Das dringliche Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund wird mit 24 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

301 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente
2. Berichte des Stadtrats und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision / Genehmigung / 2. Lesung (Nr. 2007/190, 2007/190a)

Die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Die Änderung des Wahlverfahrens der Sozialhilfebehörde wird von allen Parteien begrüsst. Es wird erwartet, dass der Einwohnerrat aufgrund der fundierten Auseinandersetzung mit den kandidierenden Personen besser in der Lage ist, geeignete Personen in die Behörde zu wählen. Die Bestimmung § 4 Abs. 2 lit. b wurde in der Vorlage des Stadtrats übersehen und von der GoR eingefügt. Die Reduktion des Wahlbüros von 35 auf 25 Mitglieder wurde bereits in der Vorlage Nr. 04/181 vom Stadtrat als Absichtserklärung festgehalten. Mit der Änderung der Gemeindeordnung kann somit auch diese Pendenza als erledigt von der Liste der Offenen Geschäfte gestrichen werden. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er nicht zwingend durch ein Mitglied im Musikschulrat vertreten sein muss, welcher sich hauptsächlich um operative Belange kümmert. Die GoR kann das nachvollziehen. Mit der Streichung der Feuerwehr- und der Kindergartenkommission werden bereits vollzogene Praxisänderungen auch im Reglement nachvollzogen. Eine weitere Änderung der Vorlage aufgrund der Diskussion in der GoR betrifft die Bestimmungen zum Inkrafttreten, Teil II. in der Beilage 1. Die Formulierung soll gewährleisten, dass die Wahl der Sozialhilfebehörde für die Wahlperiode 2009-2013 nach neuem Reglement vollzogen werden kann und die übrigen Änderungen auf die neue Wahlperiode des Wahlbüros resp. des Musikschulrates in Kraft gesetzt werden können.

Die Anträge der GoR lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Änderungen der §§ 2, 3, 4 und 8a sowie die Bestimmung zum Inkrafttreten der Änderungen in der Fassung der Kommission.
2. Der Auftrag an den Stadtrat zur Vorlage 04/181 (Wahlbüro - Reduktion / Wahl des Wahlbüros ab Amtsperiode 2008-2012) ist als erledigt abzuschreiben.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, heute finde die zweite Lesung zu diesem Geschäft statt. Bei Vorlagen, die dem obligatorischen Referendum unterstellt seien, brauche es zwei Lesungen. Man habe erst nach der ersten Beratung an der April-Sitzung gemerkt, dass eine zweite Lesung notwendig sei. Heute könne man dies bereinigen.

GoR-Präsident Walter Leimgruber (SP) bemerkt, es seien verschiedene Varianten der Beilage 1 im Umlauf. Damit man genau wisse, worüber man abstimme, sei das ganze Dokument nochmals verschickt worden. Er beantrage wie letztes Mal, die Anträge der GoR gutzuheissen.

://: 1. Die Änderungen der §§ 2, 3, 4 und 8a sowie die Bestimmung zum Inkrafttreten der Änderungen in der Fassung der Kommission werden einstimmig genehmigt.

://: 2. Der Auftrag an den Stadtrat zur Vorlage 04/181 (Wahlbüro - Reduktion / Wahl des Wahlbüros ab Amtsperiode 2008-2012) wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

302 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

3. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Rebgarten“ / 2. Lesung (Nr. 2007/184, 2007/184a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Nach intensiver Planungsarbeit ist ein Quartierplan entstanden, der es ermöglicht, an bester Lage von Liestal zusätzlich ca. 2500 m² Dienstleistungsfläche und ca. 3500 m³ Wohnfläche sowie gegen 200 Parkplätze (davon rund 85 öffentliche Einstellplätze) zu schaffen. Für die Kommissionsberatung standen den Mitgliedern zusätzlich zur ER-Vorlage folgende Unterlagen zur Verfügung: Planungsbericht, Bericht zur kantonalen Vorprüfung und Bericht zur öffentlichen Mitwirkung. Die Bau- und Planungskommission liess sich im Detail über die vorgesehene Neuüberbauung orientieren. Sie nutzte die Möglichkeit, auch den Planer und einen Vertreter der Investoren anzuhören. Insbesondere hat sie sich mit folgenden Details befasst: Ein- und Ausfahrt Einstellhalle, Minergie-Standard, Eigentumsverhältnisse, öffentliche Parkplätze, Kosten für die Stadt Liestal, Gestaltung und Nutzung des Aussenraumes, Orisbach, Götterbaum und Parkleitsystem. Die Bau- und Planungskommission unterstützt den Quartierplan Rebgarten einstimmig und bittet den Einwohnerrat, seine Zustimmung dazu zu erteilen, ebenso zu den beiden Zusatzanträgen der Kommission.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Die Quartierplanvorschriften „Rebgarten“, bestehend aus a) Quartierplan-Reglement (mit Änderungen unter Antrag 4.2 und 4.3) und b) Teil-Plänen (Nr. 1, Bebauung, Erschliessung und Freiräume; Nr. 2, Fassade / richtungsweisend), werden beschlossen.
2. Änderung von Artikel 7.4: Es werden ca. 85 öffentliche Parkplätze (das entspricht der Hälfte aller unterirdischen Parkplätze) erstellt.
3. Änderung von Artikel 6.3: Vor der Ausführung der Umgebungsarbeiten sind bei der Bewilligungsbehörde die notwendigen Detailunterlagen zur Materialisierung der Wege und Bepflanzung einzureichen.

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, er sei Roman Zeller und Hans Brodbeck je eine Antwort schuldig. Hans Brodbeck habe auf das Problem von Parkplätzen aufmerksam gemacht, die über den Fussgängerbereich befahren würden. Gemäss dem Bericht des Kantons müssten die Parkplatzererschliessungen zwingend über den Bereich der Einstellhalle geführt werden. Es sei nicht möglich, die einzelnen Plätze von der Strasse her zu erschliessen.

Hans Brodbeck (FDP) sagt, er danke Stadtrat Ruedi Riesen für die Antwort. Auf dem Plan sehe man an zwei Orten Parkplätze, die übers Trottoir erschlossen seien. Es sei ihm nicht klar, von welchen Plätzen nun Stadtrat Ruedi Riesen gesprochen habe.

Stadtrat Ruedi Riesen präzisiert, er habe die Parkplätze an der Rebgrasse gemeint, wo die Einfahrt zur Einstellhalle sei. Diese Parkplätze müsse man über den Bereich der Einstellhalle erschliessen. Die anderen, schräg gestellten Parkplätze würden normal übers Trottoir erschlossen.

Hans Brodbeck (FDP) stellt fest, dass man dann vom Parkplatz rückwärts übers Trottoir fahren müsse. Das sei nicht so glücklich.

Stadtrat Ruedi Riesen fährt fort, er sei auch Roman Zeller eine Antwort schuldig. Es sei darum gegangen, dass die Stadt bei diesem Quartierplan die Ausnahmemöglichkeiten an den Kanton delegiere. Seine Recherchen hätten ergeben, dass der Stadtrat bei Ausnahmeangelegenheiten dem kantonalen Bauinspektorat Antrag stelle, denn der Kanton sei nach wie vor die Bewilligungsbehörde. Man gebe die Sache also nicht ganz aus den Händen.

Roman Zeller (FDP) erläutert, ein Quartierplan sei ein kommunaler Nutzungsplan. Eine Quartierplanvorschrift sei demnach eine Vorschrift, die die Gemeinde erlasse. Wenn es nun darum gehe, eine Ausnahme zu bewilligen, sei dies seines Erachtens eine Regelung, die ebenfalls dem kommunalen Nutzungsplan entspreche. Der Stadtrat könne also selbst entscheiden, ob er eine Ausnahme zugestehen wolle oder nicht. Wenn er das delegiere, gebe er ein Stück seiner Autonomie ab. Man müsse dieses Problem nicht heute lösen; er könne das Thema mit Stadtrat Ruedi Riesen noch bilateral anschauen.

Jürg Holinger (GL) äussert, er könne die Antwort von Stadtrat Ruedi Riesen zu den Parkplätzen vis-à-vis von der Firma Lüdin nicht nachvollziehen. Er verstehe nicht, weshalb man nicht mit dem Trottoir der Hausfassade entlangfahren könne.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, es gebe dazu drei Argumentationen. 1.) Längerfristig gehe es hier um eine Begegnungszone, wo langsam gefahren werde und wo durch rollenden Verkehr keine Gefahr drohe. 2.) Der Kanton weise darauf hin, dass Fussgänger immer den direktesten Weg nehmen und den Umweg über die hintere Begrenzung der Parkplätze sowieso nicht machen würden. 3.) Der Kanton gebe grundsätzlich kein Land als Verkehrsfläche an die Gemeinde ab.

Daniel Spinnler (FDP) fragt, ob es überhaupt Trottoirs geben werde, wenn dieser Bereich zur Begegnungszone gehöre.

Stadtrat Ruedi Riesen betont, ein Quartierplan sei kein Gestaltungsplan. Auf einem Gestaltungsplan brauche es aussagekräftigere Darstellungen als auf einem Quartierplan. Er nehme an, dass sich letztlich die Fussgängerzone über die ganze Strasse erstrecken werde.

Hans Brodbeck (FDP) wirft ein, jetzt habe er wirklich ein Problem. Die Stadt leite den Verkehr über den Kantinenweg in die Rebgasse bzw. von der Bank durch die Rebgasse in den Nonnenbodenweg und Kantinenweg um, damit man die Poststrasse vom Verkehr frei halte, und jetzt rede Stadtrat Ruedi Riesen von einer Begegnungszone an der Rebgasse.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, das Verkehrskonzept beinhalte, dass man beim Endausbau vom Bahnhof direkt über die Bankenkreuzung in die Gasstrasse fahre und nicht mehr über die Rebgasse.

Hans Brodbeck (FDP) hält fest, gemäss dem vorliegenden Plan gebe es dort keine Begegnungszone.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, er spreche vom Endausbau des Verkehrskonzepts. Er sei von der Realisierung dieses Endausbaus überzeugt, da der Kanton die H2 sanieren müsse und man davon ausgehen könne, dass der Zentrumsanschluss an die H2 gebaut werde. Das geschehe jedoch nicht in den nächsten ein, zwei Jahren, sondern wahrscheinlich 2010 oder 2011. So sei der Planungsstand des Kantons. Bei einer Planung sei es aber wie in der Wissenschaft: Man wisse immer nur, was bis heute stimme, und nicht, was morgen sei.

Regina Vogt (FDP) fügt hinzu, sie danke Stadtrat Ruedi Riesen für die Beantwortung der Fragen. Die FDP-Fraktion stehe nach wie vor hinter dem Projekt und den Anträgen. Es gehe um eine Aufwertung der Rheinstrasse und um gute Qualität bei höherer Ausnützung.

- ://: Die folgende Änderung von Artikel 7.4 „Es werden ca. 85 öffentliche Parkplätze - das entspricht der Hälfte aller unterirdischen Parkplätze – erstellt“ wird in 2. Lesung einstimmig genehmigt.
- ./: Die folgende Änderung von Artikel 6.3 „Vor der Ausführung der Umgebungsarbeiten sind bei der Bewilligungsbehörde die notwendigen Detailunterlagen zur Materialisierung der Wege und Bepflanzung einzureichen“ wird in 2. Lesung einstimmig genehmigt.
- ://: Die Quartierplanvorschriften „Rebgarten“, bestehend aus a) Quartierplan-Reglement (mit Änderungen unter Antrag 4.2 und 4.3) und b) Teil-Plänen (Nr. 1, Bebauung, Erschließung und Freiräume; Nr. 2, Fassade / richtungsweisend), werden in 2. Lesung einstimmig genehmigt.

303 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

4. Motion der Interfraktionellen Einwohnerrätlichen Integrationsgruppe betreffend Schaffung eines Partizipations-Reglements (Nr. 2007/187)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Motion betreffend politische Partizipation für Migranten und Migrantinnen in Liestal / Schaffung eines Partizipations - Reglements

Am 21. November 2007 nahm der Einwohnerrat Kenntnis vom Zwischenbericht der Einwohnerrätlichen Integrationsgruppe vom 21. August 2007 (Vorlage Nr. 2007/163). Mit seiner deutlichen Zustimmung zum Antrag 2 beauftragte der Einwohnerrat die Mitglieder der ER-Integrationsgruppe, ihre Arbeit fortzusetzen und eine Motion zur Schaffung eines Partizipations-Reglements einzureichen. Das Partizipations-Reglement soll eine aktive politische Teilnahme nicht stimmberechtigter erwachsener Einwohnerinnen und Einwohner in Liestal auf kommunaler Ebene ermöglichen.

Details zur Ausgestaltung des Partizipations-Reglements sind im Zwischenbericht vom 21. August 2007 unter den Empfehlungen der ER-Integrationsgruppe enthalten (Abschnitte 4 und 5).

Der Stadtrat wird beauftragt, ein Partizipations-Reglement vorzulegen.

Die Einwohnerrätliche Integrationsgruppe, die Stadträtliche Integrationskommission und das Migrantenforum sollen in die Erarbeitung des Reglements einbezogen werden.

Orla Oeri-Devereux, SP-Fraktion
Elisabeth Spiess, Grüne Fraktion
Doris Lagnaz, SVP/CVP/EVP-Fraktion
Hans Brodbeck, FDP-Fraktion
(Mitglieder der Interfraktionellen Einwohnerrätlichen Integrationsgruppe)
5. Dezember 2007

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt den Stadtrat, ob er bereit sei, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Stadtrat sei bereit, die Motion zu übernehmen.

Orla Oeri-Devereux (SP) erinnert daran, dass der Rat im September 04 in einen Prozess zum Thema politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten eingestiegen sei. Es gehe um die Einbindung von 25 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner von Liestal, die nicht stimmberechtigt seien, aber Steuern zahlen würden. Im September 04 habe der Rat das Postulat für ein Migrantenparlament überwiesen. Im Juni 05 habe der Stadtrat einen Zwischenbericht unterbreitet, den der Einwohnerrat zur Kenntnis genommen habe. Im September 06 sei die definitive Vorlage des Stadtrats gekommen, mit dem Antrag, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Im November 07 habe der Rat den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Arbeitsgruppe sei mit 21 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen damit beauftragt worden, eine Motion zur Schaffung eines Partizipationsreglements einzureichen. Heute gehe es für den Rat darum, dem eigenen Antrag zuzustimmen. Die SP-Fraktion stimme dem Auftrag zu und überweise die Motion an den Stadtrat.

Elisabeth Spiess (GL) erläutert, die Integrationsgruppe habe eingehend geprüft, welche Form nicht stimmberechtigten Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine verbindliche Beteiligung am politischen Alltag ermögliche. Durch ein Partizipationsreglement werde für den Einwohnerrat der direkte Kontakt zu den integrationswilligen Migrantinnen und Migranten möglich. Mit dem Reglement werde auch eine Spezialkommission und damit die notwendige Rechtssicherheit geschaffen. Die Integrationsgruppe sei einstimmig davon überzeugt, dass dies der richtige Weg sei. Man höre manchmal, Ausländerinnen und Ausländer könnten sich mit ihren Anliegen auch direkt an die politischen Parteien wenden. Gegenüber einer Kommission sei dies aber viel leichter, weil man sich so an alle Parteien gleichzeitig wende. Die Grüne Fraktion unterstütze mit aller Deutlichkeit die Motion und die darin formulierten Aufträge an den Stadtrat.

Hans Brodbeck (FDP) ergänzt, seit der Einreichung des Postulats zum Migrantenparlament seien fast vier Jahre vergangen. Der Einwohnerrat habe das Anliegen immer unterstützt. Immer wieder sei betont worden, dass der Einwohnerrat auch für das Viertel der Bevölkerung zuständig sei, das sich politisch nicht äussern könne, aber in der Regel Steuern zahle. Es gebe einige unter diesen Leuten, die sich gerne stärker engagieren würden und dazu ein Gefäss brauchten. Er vertraue darauf, dass der Rat die vorliegende Motion überweise, wie er alle vorangegangenen Geschäfte bejaht habe. Seine Fraktion habe er von der Motion allerdings nicht ganz überzeugen können.

Elisabeth Augstburger SVP/CVP/EVP) informiert, sie spreche für Doris Lagnaz, die auch Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sei. Es sei wichtig, dass nicht stimmberechtigte Einwohnerinnen und Einwohner sich aktiv am politischen Leben beteiligen könnten. Sie habe gerade vor kurzem von Deutschen gehört, die seit ein paar Jahren in Liestal wohnten und die sich sehr gerne beteiligen würden, dies aber nicht könnten. Sie sei auch dafür, den Schritt zu machen und Ja zu dieser Motion zu stimmen. Für das Reglement könne man das Muster von St. Gallen heranziehen.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) teilt mit, die Mehrheit seiner Fraktion sei gegen diese Motion. Sie sei schon im November 07 dagegen gewesen, weil ihr klar gewesen sei, dass das zu einer Lawine führe. Sie halte das Reglement nicht für nötig. Seine Fraktion bleibe dabei und stimme grossmehrheitlich gegen die Motion.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, sie hätte von Beat Gränicher gerne eine Präzisierung darüber gehört, was er damit meine, wenn er von einer Lawine spreche und sage, dass das Reglement nicht nötig sei. Man rede von 25 Prozent der Liestaler Bevölkerung, die zum Teil in der zweiten und dritten Generation hier lebten und Steuern zahlen würden. Sie frage sich, ob die SVP/CVP/EVP-Fraktion kein Anhörungsrecht für Leute wolle, die von etwas betroffen seien.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) erwidert, gemeint sei nicht, dass seine Fraktion 25 Prozent der Bevölkerung keine Stimme geben wolle oder dass diese Leute sich nicht äussern sollten. Aber es gebe schon genug Stellen, an die sich die Betroffenen wenden könnten.

Matthias Zimmermann (SP) meint, es sei für den Einwohnerrat von grossem Interesse, Zugang zu diesem Viertel zu haben, um eine umfassende Politik machen zu können. Viele dieser Leute seien zukünftige Bürger. Man wisse, dass viele Leute mitwirken wollten, aber die hiesigen Wege und Traditionen nicht kennen würden. Er meine, dies wäre ein guter Weg, da hineinzuwachsen. Er freue sich auf diesen Prozess und auf die Vorlage des Stadtrats. Er bitte herzlich darum, dem Vorstoss zuzustimmen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) äussert, seine Fraktion meine, dass Liestal einige Anlaufstellen besitze, bei denen Migrantinnen und Migranten sich zu Wort melden könnten. Es brauche kein neues Reglement. Er sei vor vier Jahren dabei gewesen, als das Postulat zum Migrantenparlament überwiesen worden sei. Damals hätten sich nur wenige Leute für ein

solches Parlament interessiert. Möglicherweise arbeite man ein kostenintensives Reglement aus, das sich dann als Papiertiger erweise.

Regula Nebiker (SP) bestätigt, die Erfahrung, dass man für so etwas nur wenige Interessierte finde, sei natürlich frustrierend. Man müsse aber ein wenig visionärer arbeiten und sich überlegen, was man für ein Zeichen setzen wolle. Die Idee sei, Leuten, die nicht Schweizer seien, sich aber engagieren wollten, die Möglichkeit zu bieten, sich zu beteiligen, und zwar nicht nur punktuell, sondern in einem Gefäss. Sie fände dies als Signal sehr wichtig. Man könne ja dafür sorgen, dass das Reglement nicht zu teuer werde. Die Leute, die mitmachten, würden wiederum helfen, weitere Menschen aus ihrer Kultur zu erreichen. Schliesslich wolle man erreichen, dass Leute aus anderen Kulturkreisen sich hier integrieren würden, damit man angenehm zusammenlebe.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, man brauche keine neue Institution. Alle, die am Stimmrecht Interesse hätte, könnten Liestaler Bürger werden. Eine zweite Linie zu fahren, würde bedeuten, Energie zu verpuffen. Alle Leute, die willig seien, das Stimmrecht zu erhalten, bekämen es. Jedes Jahr werde eine grosse Menge an Leuten eingebürgert. Was man in der Bürgergemeinde habe und pflege, brauche man nicht gleichzeitig im Einwohnerrat.

Hans Brodbeck (FDP) erinnert daran, dass sich die Motion auf einen Auftrag des Einwohnerats abstütze. Was das Reglement ermöglichen solle, sei klar gesagt worden. Es gehe nun lediglich um die Umsetzung des Berichts, den der Einwohnerrat zur Kenntnis genommen habe.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) berichtet, am Anfang hätten sich zwölf Migrantinnen und Migranten für das Migrantenparlament interessiert. Dann seien einige ausgestiegen, weil nichts Konkretes vorhanden gewesen sei. Sie sei überzeugt, dass sich einige oder viele melden würden, wenn man etwas Konkretes vorlege.

Matthias Zimmermann (SP) betont, die Bürgergemeinde mache ihre Einbürgerungsarbeit äusserst qualifiziert. Er halte aber Hans Rudolf Schafroth entgegen, dass es nicht um die Teilnahme an der Bürgergemeinde gehe, sondern um das Teilhaben an der gesamten Öffentlichkeit.

Orla Oeri-Devereux (SP) legt dar, es gehe nicht um eine Institution, sondern um ein Reglement. Es sei auch nicht richtig, dies mit der Einbürgerung zu vermischen. Bis man einen Antrag auf Einbürgerung stellen dürfe, müsse man mindestens zwölf Jahre warten. Wenn alles gut gehe, werde man nach 14 oder 15 Jahren eingebürgert. Mit dem Partizipationsreglement gehe es aber darum, Migrantinnen und Migranten anzuhören und aufzunehmen, was sie bewege. Das sei etwas ganz anderes als Einbürgerung.

://: Die Motion der Interfraktionellen Einwohnerrätlichen Integrationsgruppe betreffend Schaffung eines Partizipations-Reglements wird mit 23 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

304 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

5. Postulat von Paul Finkbeiner und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Uni-Campus in Liestal (Nr. 2007/179)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend UNI-Campus in Liestal

Stadtrat Lukas Ott hat kürzlich in der Presse das Interesse am Standort Liestal für einen UNI-CAMPUS für die Erweiterung der Universität beider Basel bekundet. Nach dem Wegzug der pädagogischen Hochschule und vermutlich einem Teil der Gerichtsbehörden ist es nötig, dass sich die Hauptstadt für die Erfordernisse der Uni ernsthaft engagiert.

Liestal ist in der beneidenswerten Lage, der Universität einen geeigneten Campus auf dem heutigen Areal des abbruchreifen alten Spitals und des Birmannspitals am Kreuzboden anzubieten, weil das Areal mit schönem Baumbestand im Besitze des Kantons und durch alle Verkehrsträger ideal erschlossen ist. Ausserdem sind auf dem unmittelbar anliegenden alten Gütergeleiseareal 3 Hochhäuser geplant, deren Verwendungszweck zurzeit noch offen ist. Das Vorhaben hätte den grossen Vorteil, dass kein Landerwerb erforderlich ist und in der Umgebung kaum mit Einsprachen zu rechnen sein wird, weil sämtliches Areal im Besitze der öffentlichen Hand ist.

Wir ersuchen deshalb den Stadtrat, mit dem Kanton Verhandlungen im Sinne dieser Erläuterungen aufzunehmen und im Hinblick auf den Raumbedarf der UNI abzuklären, in welchem Umfang Erweiterungsbauten in Frage kommen, wobei das Interesse der Stadt Liestal als geeigneter Standort mit Nachdruck zu vertreten ist.

Der Einwohnerrat ist über die Verhandlungsergebnisse laufend zu informieren.

Paul Finkbeiner
Hanspeter Meyer
SVP/CVP/EVP-Fraktion
29. Oktober 2007

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erkundigt sich, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Lukas Ott antwortet, der Stadtrat sei sehr gerne bereit, den Vorstoss zu übernehmen. Er erinnere daran, dass Liestal in den vergangenen Jahrzehnten zum Teil schwere Zeiten durchgemacht habe. Ende 60er-Jahre und in den 70er-Jahren sei die Textilindustrie von einer schweren Krise betroffen gewesen. Davon habe sich die Stadt inzwischen einigermaßen erholt. Die Probleme sollten nun aber nicht im Dienstleistungssektor anfangen. Die Schule für Pflege sei bereits von Liestal nach Münchenstein gezogen, es drohe der Wegzug der Pädagogischen Hochschule. Die Stadt müsse mit dem Kanton darüber im Gespräch sein, wie man diese Institutionen ersetzen könne. Im Bereich der Universität befinde man sich mit der gemeinsamen Trägerschaft der beiden Basel in einer neuen Situation. Es sei legitim, dass Liestal sich als Kantonshauptort ins Spiel bringe. Das Gelände wäre, wie im Postulat aufgezeigt, vorhanden. Im Gespräch mit beiden Kantonsregierungen habe man gehört, dass die Idee prüfenswert sei, aber dass die Initiative vor allem bei der Stadt liege. Der Stadtrat habe bereits ein Treffen mit dem Rektor der Universität und dem Präsidenten des Universitätsrats vereinbart.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erläutert, er habe das Postulat eingereicht, weil die Gefahr drohe, dass Institutionen aus Liestal wegziehen würden. Diverse Medienberichte hätten allerdings vermittelt, dass der Zug betreffend Uni-Campus bereits abgefahren sei. Den Ausführungen von Lukas Ott entnehme er nun aber, dass das doch nicht der Fall sei. Er danke dem Stadtrat, dass er das Postulat übernehmen wolle.

Matthias Zimmermann (SP) teilt mit, auch die SP-Fraktion sei für den Vorstoss. Liestal sei schliesslich die Hauptstadt eines mittelgrossen Schweizer Kantons, der durchaus im universitären Bereich mitmachen dürfe. Vielleicht sei es auch möglich, dass man in der Kaserne einmal etwas Zukunftsträchtigeres und Ansprechenderes habe als die Schweizer Armee.

Corinne Ruesch (GL) gibt bekannt, auch ihre Fraktion sei für die Überweisung des Postulats. Der Standort biete sich an für einen Uni-Campus. Bahnhof, Staatsarchiv und Bibliothek seien in nächster Nähe. Weil die Gestaltung des Areals noch offen sei, werde es auch nicht schwer fallen, das Campus-Ambiente zu schaffen, das in Muttenz mühsam hergestellt werden müsse. Es könne nicht sein, dass ausgerechnet der Hauptort des Kantons im Bereich Hochschule nicht genannt werde. Die Grüne Fraktion sei der Meinung, dass der Kanton von den Vorteilen eines Uni-Campus überzeugt werden müsse und dass Liestal sich die Möglichkeit, Hochschul-Standort zu sein, nicht einfach so wegnehmen lassen dürfe.

Nils Henn (FDP) äussert, die FDP-Fraktion sei mehrheitlich gegen das Postulat. Vielleicht liege es am Ausdruck „Uni-Campus“. Ein Campus sei ein eigenständiger Teil einer Universität. Die örtlichen Möglichkeiten für einen ganzen Campus seien aber begrenzt. Vielleicht hätte man besser von einem Institut gesprochen. Dies hätte sich die FDP eher vorstellen können. Die Vorteile seien genannt worden: Umzonungen brauche es nicht, Liestal könne sich Universitätsstadt nennen, man könne vielleicht die eine oder andere Studienrichtung retten, die in Basel aufgegeben worden sei, und die Uni-Gelder blieben im Kanton. Die FDP-Fraktion frage sich aber, was ein solches Projekt Liestal konkret bringe. Ein Ziel der neuen Zonenplanung sei die Reduktion der OeWA-Zonen zugunsten der Wohn- und Gewerbezone, die Steuersubstrat generiere. Dies stehe im Widerspruch zu einer so grossen von der Uni belegten Fläche. Seine Fraktion glaube auch nicht, dass man wegen der Uni nach Liestal zügeln, und Pendeln sei für Studierende verlorene Zeit. Gewisse Dinge gehörten einfach in die Stadt und nicht ins Stedtl.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) äussert, sie wolle etwas als Vorstandsmitglied des Fördervereins Uni beider Basel sagen. Eines der Ziele des Vereins sei, die Universität im oberen Kantonsteil bekannter zu machen. Dieser Schritt könne wichtig sein, um dieses Ziel zu erreichen.

Corinne Ruesch (GL) fügt hinzu, sie habe die Pädagogische Hochschule in Liestal absolviert. Ihre Erfahrung sei, dass man eher zu einem Kunden der Geschäfte in Liestal werde, wenn man einmal hier gewesen sei. Und auch während man als Studentin oder Student in Liestal sei, habe man doch auch ein wenig Geld, das man hier ausgeben könne.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, er freue sich, wenn Liestal prosperiere; diese Vorstellungen gingen aber an der Realität vorbei. Studierende würden meist mehrere Fächer belegen, und die wollten sie möglichst am gleichen Standort haben. Der Stadtrat werde vermutlich sowieso erfahren, dass der Rektor der Uni Basel keinen Ableger in Liestal sehe. Eine weitere Frage sei die Zielsetzung des Stadtrats. Auf der einen Seite wolle man mehr Gewerbe, mehr Wohnzone und mehr Steuerzahler, und jetzt wolle man noch Uni-Stadt werden. Man müsse die Priorität irgendwann einmal festlegen. Eine kleine, aber urbane Uni wie Basel habe ganz andere Voraussetzungen und Strukturen, als in Liestal möglich wären. Er sei dafür, die Uni in urbaner Lage zu lassen, wegen der kurzen Wege und wegen der Kraft, die sie ausstrahle. Dass der Kanton als zahlender Partner im einen oder anderen Bereich ein Gegenrecht haben wolle, sei völlig legitim. Er bitte darum, sich auf das zu besinnen, was Liestal sei. Man

müsse schauen, dass das Stedtli funktioniere, und keine neuen, futuristischen Ziele verfolgen.

Stadtrat Lukas Ott erwidert, er bedaure, dass sich der Freisinn dem Postulat nicht anschliesse. Er frage sich, wie sich das Stedtli entwickeln solle, wenn man so fahrlässig mit Chancen umgehe. Man müsse das Ganze von der regionalen Entwicklung her sehen. Die Universität habe heute rund 10'000 Studierende, das Ziel seien 15'000. Dies bedinge Schritte des Ausbaus. Man fasse dafür sehr periphere Gebiete der Stadt ins Auge. Der Weg vom Petersplatz nach Liestal sei je nachdem näher als vom Petersplatz an äusserste Randgebiete der Stadt. Die Zusage des Rektors der Universität, nach Liestal zu kommen, habe der Stadtrat im Übrigen nicht so aufgefasst, dass es von vornherein um eine Absage gehe, sondern er habe grosses Interesse festgestellt.

Pascal Porchet (FDP) betont, die FDP-Fraktion sei nicht gegen einen Uni-Campus. Ihre Meinung habe einen tieferen Hintergrund. Der Einwohnerrat habe 2002 einer Reduktion der OeWA-Zonen zugestimmt. Irgendwann sei der Entscheid, was man denn eigentlich wolle, fällig. Er spreche nun die Heilpädagogische Tagesschule im Altmarkt an. Er habe damals darauf hingewiesen, wie viel Wohn- und Büroraum man dort bauen könne. Man habe aber gesagt, dass man die Heilpädagogische Tagesschule wolle. Irgendwann werde die Stadt jedoch ausbluten. Was man ausgabe, müsse wieder hineinkommen. Liestal müsse Wohnraum und Büroplätze anbieten. Die FDP-Fraktion sei nicht gegen die Uni, sondern habe die Grundhaltung, dass man zentralisieren solle, anstatt sich zu verzetteln.

://: Das Postulat von Paul Finkbeiner und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Uni-Campus in Liestal wird mit 25 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

305 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“ (Nr. 2007/188)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Motion betreffend Dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“

Die Turnhalle befindet sich in einem für die BenutzerInnen nicht mehr zumutbaren Zustand. Die Licht- und Sichtverhältnisse sind miserabel und haben in der vergangenen Zeit bereits schon zu kleineren Unfällen geführt. Die Turnhalle sollte unbedingt saniert werden, damit die Personensicherheit wieder gewährleistet ist.

Das Stadtbauamt hat für die Sanierung eine Kostenschätzung von ca. CHF 55'000.- berechnet. Wir bitten deshalb den Stadtrat, die notwendigsten Arbeiten so rasch wie möglich in Auftrag zu geben und dem Einwohnerrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Hans Rudolf Schafroth
SVP-/CVP-/EVP-Fraktion
11. Dezember 2007

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erkundigt sich, ob der Stadtrat bereit sei, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, der Stadtrat wolle die Motion entgegennehmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) sagt, er bedanke sich herzlich für die Bereitwilligkeit der Exekutive, die Motion entgegenzunehmen. Die Turnhalle Rotacker alt oben befinde sich in einem unwürdigen Zustand. Die Halle, die von Schulen und Vereinen rege benützt werde, trage zum volksgesundheitlichen Nutzen bei. Der Unterhalt sei immer wieder hinausgeschoben worden. Hauptsächlich wegen des schlechten Lichts und der dunklen Decke sei es bereits zu Zusammenstössen gekommen, zum Glück im Bagatellbereich. Dazu komme, dass sich seit Anfang Jahr das Licht in der Halle nur noch durch Herausdrehen der Sicherungen löschen lasse. Der Strom gehe offenbar eigene Wege. Zu was dies in Verbindung mit Feuchtigkeit führen könne, müsse er nicht erklären.

Es seien Diskussionen darüber entstanden, ob sein Vorstoss eine Motion oder ein Postulat sein solle. Im Geschäftsreglement für den Einwohnerrat stehe klar, dass man mit dem Instrument der Motion auf Beschlüsse einwirken könne, die in die Zuständigkeit des Einwohnerrats fallen würden. Davon seien auch das Jahresprogramm 08 und das genehmigte Budget betroffen. Es gehe hier nicht ums Prüfen und Berichten wie bei einem Postulat, sondern ums Handeln. Bereits liege eine Kostenschätzung des Stadtbauamts vor. Er bitte im Namen der Benutzerinnen und Benutzer der Halle, dem Vorstoss zuzustimmen. Damit leiste man einen Beitrag zur Volksgesundheit und vermeide Folgekosten.

://: Die Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“ wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

306 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal (Nr. 2008/194)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal

In der Finanzkommission, aber auch im Einwohnerrat wurden im Zusammenhang mit der Verschiebung von Verwaltungspersonal zur Stadtpolizei, der kommenden Pensionierung von Polizisten, Neueinstellungen und Neuanschaffungen von Infrastruktur verschiedene Fragen zur zukünftigen Ausrichtung der Stadtpolizei gestellt. Zwar wurde versprochen, dass spätestens im kommenden Entwicklungsplan einige Antworten auf diese Fragen geliefert würden. Mit Blick auf den Bahnhof, die weisse Gasse, Litterung, Bettelei rund um den Bahnhof, Durchsetzung der Verkehrsregeln in der Begegnungszone und den 30-Zonen etc. hat die Stadt Liestal im Bereich Sicherheit allerdings weiterhin schwierige Aufgaben zu lösen.

Sicherheitspolitik ist zu wichtig und zu komplex, als dass diese am Rande des Entwicklungsplans und damit nur aus finanzpolitischer Sicht diskutiert wird. Ausserdem fällt auf, dass die Stadtpolizei mit Verwaltungsaufgaben betraut ist, die mit eigentlicher Polizeiarbeit wenig zu tun haben (Ausstellen von Zufahrtsbewilligungen zum Stedtli, Erteilen von Park- und Markt-bewilligungen, Hundewesen etc.). Dadurch schieben gut ausgebildete Polizisten Bürodienst anstatt vor der Türe ihrem Kernauftrag nachzugehen.

Wir bitten daher den Stadtrat zu überprüfen, ob die heutige Ausrichtung und Organisation der Stadtpolizei genügen, um die sich stellenden Herausforderungen im Bereich Sicherheit zu meistern. Dabei wäre insbesondere zu prüfen,

1. ob die heutigen Ressourcen (personell und Infrastruktur) der Stadtpolizei zeitgemäss sind und genügen, um die Aufgaben im Bereich Sicherheit zu erfüllen oder ob zusätzliche Ressourcen notwendig werden;
2. ob gewisse Verwaltungsaufgaben durch andere Verwaltungsstellen der Stadt Liestal übernommen werden könnten, um die Stadtpolizei zugunsten ihrer Kernaufgaben zu entlasten;
3. ob die Kooperation zwischen Kanton und Gemeinde bzw. mit den umliegenden Gemeinden weiter ausgebaut werden könnte;
4. ob Aufgaben der Stadtpolizei (Kontrollen der Parkuhren, Verkehrskontrollen, weitere Sicherheitsaufgaben) an den Kanton oder wie im Kanton Bern an Private delegiert werden könnten und welche Konsequenzen dies für die Stadtpolizei hätte.

Daniel Spinnler
FDP Fraktion
15.01.2008

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, er sei erfreut darüber, dass der Stadtrat das Postulat entgegennehmen wolle. In der Fiko sei das Thema einige Male besprochen worden. Gewisse Fragen seien aufgekommen. Er sei zur Überzeugung gekommen, dass das Thema nicht nur aus

Sicht der Finanzen anzuschauen sei. Deshalb habe er das Postulat verfasst. Der Zeitpunkt, die Sicherheitspolitik anzuschauen, sei günstig, da personelle Änderungen bevorstünden. Er bitte darum, das Postulat zu überweisen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion sei einstimmig für die Überweisung des Postulats. Wenn der Stadtrat die Neuausrichtung der Stadtpolizei behandle, würden die Fragen des Vorstosses passen. Weiter solle vertieft geprüft werden, ob auch eine Fusion mit der Kantonspolizei in Frage komme. Das Argument, die Stadtpolizei pflege die Nähe zum Bürger, könne er nicht unwidersprochen lassen, wohne doch keiner der jetzigen Stadtpolizisten in Liestal. Er bitte darum, das Postulat zu überweisen.

Hanspeter Stoll (SP) führt aus, in der SP-Fraktion habe man sich gefragt, welchen Zweck das Postulat habe. Dessen Inhalt sei in der Fiko besprochen worden. Der Einwohnerrat habe dem Stadtrat ausserdem einen klaren Auftrag erteilt, im nächsten Entwicklungsplan darzulegen, wie es mit der Stadtpolizei weitergehe. Der Entwicklungsplan werde in einem Monat bereits vorgelegt. Das Postulat wäre also gar nicht nötig. Wenn das Thema allerdings nicht im nächsten Entwicklungsplan enthalten sei, würde sich seine Fraktion dem Postulat nicht verschliessen. Er sei gespannt auf die Antwort des Stadtrats.

Corinne Ruesch (GL) unterstreicht, auch die Grüne Fraktion erwarte gespannt den nächsten Entwicklungsplan, allerdings vor allem wegen des Themas Jugendpolitik. Ihre Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass es eine klare Strategie für die Stadtpolizei brauche. Dazu gehöre aber auch eine Vernetzung mit anderen Bereichen der Stadtverwaltung. Gerade im Bereich Jugend sei dies wichtig. Es brauche zum Beispiel Leute, die mit den Streetworkern in Kontakt stünden. Dies könne man von Kantonspolizisten nicht erwarten. Ihre Fraktion finde auch, dass hinter der Ausrichtung der Stadtpolizei nicht einfach ein finanzpolitischer Entscheid stehen solle. Es brauche eine Strategie und ein Ziel. Um eine Strategie und ein Ziel festzulegen, müsse sich der Stadtrat über die Kernaufgaben der Stadtpolizei im Klaren sein. In diesem Sinn sei die Grüne Fraktion für die Überweisung des Vorstosses.

Stadtrat Peter Rohrbach erinnert daran, dass die neue Legislaturperiode am 01. Juli 2008 beginne. Der Entwicklungsplan, der auch die Legislaturziele thematisiere, werde deshalb erst in der neuen Legislatur vorgelegt. Ziel sei, den neuen Entwicklungsplan mit den Legislaturzielen dem Einwohnerrat im September zu übergeben.

Daniel Spinnler (FDP) äussert, es freue ihn sehr, dass das Thema so positiv aufgenommen werde. Es sei ein wichtiges Thema, wie man gesehen habe. Er meine, man solle es nicht nur im Entwicklungsplan abhandeln, deshalb sei das Postulat entstanden. Es sei ein kompliziertes Thema. Mit der Festlegung einer Strategie sehe man, wohin die Reise gehe.

Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass aus der Budgetdebatte vom letzten Dezember klar ersichtlich sei, was für einen Antrag die Fiko seinerzeit gestellt habe. Die Stadtpolizei habe aber nach wie vor das Ziel, unterstützt vom Stadtrat, diese Mittel zu erreichen, nicht zuletzt, weil bald ein neues Schuljahr beginne und wichtige Sicherheitsmassnahmen umzusetzen seien. Der Stadtrat sei daran interessiert, das Konzept bald zu haben. Es werde in den Entwicklungsplan einfließen.

://: Das Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend Langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

307 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Daniel Spinnler, FDP-Fraktion, und Philipp Senn, SP-Fraktion, betreffend Subventionen Steinenbrüggli (Nr. 2008/195)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Subventionen Steinenbrüggli

Der Basellandschaftlichen Zeitung vom 9. Januar 2007 konnte entnommen werden, dass der Bund Subventionen im Bereich Denkmalschutz gekürzt hat und keine neuen Gesuche mehr zulässt. Damit sei die erwartete Subvention in der Höhe von 100'000 Franken ernsthaft gefährdet, die der Bund im Zusammenhang mit der Sanierung des Steinenbrüggli hätte sprechen sollen.

Wir bitten in diesem Zusammenhang den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch schätzt der Stadtrat die Chancen ein, dass die Bundesbeiträge bzw. Beiträge des Lotteriefonds ans Steinenbrüggli gesprochen werden?
2. Wird der Stadtrat mit der Ausschreibung der notwendigen Bauarbeiten zuwarten, bis Klarheit darüber besteht, ob die Subventionen durch Bund bzw. Lotteriefonds gesprochen werden?
3. Sofern die Subventionen ausbleiben, wird die Vorlage aufgrund der massgeblich geänderten Finanzierungssituation noch einmal gesamthaft vor den Einwohnerrat gebracht oder nur ein Zusatzkredit beantragt?

Daniel Spinnler, FDP-Fraktion
Philipp Senn, SP-Fraktion
15. Januar 2008

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass eine schriftliche Antwort des Stadtrats vorliege.

Stadträtin Marion Schafroth informiert, die schriftliche Antwort sei etwas überholt. Die Stadt habe vom Lotteriefonds die Antwort erhalten, dass er CHF 150'000.- an die Sanierung des Steinenbrüggli beitrage. Ursprünglich habe die Stadt mit CHF 100'000.- an Subventionen von Bund und Kanton gerechnet.

Daniel Spinnler (FDP) dankt dem Stadtrat für die schriftliche Beantwortung der Fragen und zeigt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht er die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Philipp Senn (SP) sagt, er danke für diese Informationen. Wenn es mit der finanziellen Unterstützung nicht wie vorgesehen geklappt hätte, wäre man nochmals auf die politische Absicht zurückgekommen. Aber von dieser Antwort seien Daniel Spinnler und er befriedigt.

Daniel Spinnler (FDP) ergänzt, er danke dem Stadtrat dafür, dass es ihm gelungen sei, einen so grossen Betrag vom Lotteriefonds zu erhalten. Er hoffe, dass die Stadt die Kosten im Griff haben werde und man am Schluss für die Sanierung nicht CHF 1 Mio. zahlen müsse.

308 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Postulat von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neue Bushaltestelle Rosen (Nr. 2008/198)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Neue Bus-Haltestelle Rosen

Ende Januar 2008 wurde das neue multifunktionale Zentrum Rosen 2 an der Rosenstrasse in Liestal eingeweiht. Dieses multifunktionale Zentrum für Sport, Gewerbe, Kirche und Kultur wird von vielen Besucherinnen und Besuchern intensiv genutzt. Mangels einer in der Nähe vorhandenen Haltestelle des öffentlichen Verkehrs erfolgen die An- und Abreise in den meisten Fällen mit dem Auto. Dadurch wird nicht nur das Strassennetz zusätzlich belastet, sondern werden auch die Abstellflächen in der Umgebung blockiert.

Um die ohnehin immer prekärer werdende Verkehrssituation auf der Rosenstrasse etwas zu mildern sowie den Besucherinnen und Besuchern des multifunktionalen Zentrums eine umweltfreundlichere Art der Anreise zu ermöglichen, bitten wir den Stadtrat zu prüfen, ob in der Nähe dieses Zentrums eine neue Bus-Haltestelle der Linie 78 eingerichtet werden kann.

Gerne erwarten wir den Bericht des Stadtrats und danken ihm im Voraus für seine Mühe.

Peter Furrer
SVP/CVP/EVP-Fraktion
22. Februar 2008

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat sei dazu nicht bereit.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) führt aus, Anfang Jahr sei an der Rosenstrasse ein neues Sport- und Kulturzentrum eröffnet worden. Es werde immer mehr genutzt, sei es von Jugendlichen oder von Erwachsenen. Das Sportzentrum liegt nicht in der Nähe des Bahnhofs oder von Bus-Stationen. An der Rosenstrasse gebe es allerdings eine Busroute. Vor einigen Jahren sei in der Nähe des Zentrums eine Haltestelle aufgehoben worden. Die Infrastruktur sei heute noch vorhanden. Er schlage vor zu überprüfen, ob sich nicht eine Bushaltestelle im Bereich dieses Zentrums einrichten liesse. Es würden sich zwei Plätze dazu anbieten: entweder vor der Sporthalle Rosen 1 alt oder vor dem Werkhof der Forstverwaltung. Heute kämen die meisten Benutzer mit dem Auto zu diesem Zentrum. Sie verstellten die Strasse beim Ein- und Aussteigen, teilweise auch die Nebenstrassen, um zu parkieren. Beim Wegfahren gebe es dasselbe Problem. Bei grösseren Anlässen genügten auch die Plätze hinter dem Zentrum plus diejenigen des Amtes für Berufsbildung nicht. Mit zunehmender Verkehrsumlagerung werde die Rosenstrasse immer mehr vom Automobilverkehr frequentiert, dementsprechend seien die Strassen immer häufiger verstopft. Wenn das Angebot nicht gefragt sei, könne man den Bus-Stop wieder aufheben. Er bitte darum, das Postulat zu überweisen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) äussert, er vermisse eine Begründung des Stadtrats, weshalb er den Vorstoss nicht entgegennehmen wolle.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, er wünsche zuerst das Plenum anzuhören.

Astrid Basler (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion unterstütze das Postulat. Sie wolle eine gute Anbindung mit dem öffentlichen Verkehr an das Sportzentrum. Wie gesagt, habe es in der Nähe bereits eine Bus-Haltestelle gegeben. Der Platz dafür sei noch immer ausgespart, nur das Bushäuschen fehle. Die Grüne Fraktion bitte den Stadtrat abzuklären, ob die Möglichkeit bestehe, dort eine Bus-Haltestelle einzurichten, und eine Versuchsphase zu starten, um die Frequenz auszuloten.

Matthias Zimmermann (SP) gibt bekannt, seine Fraktion habe auch nichts gegen den Vorstoss. Sie meine allerdings, man solle nicht über einzelne Stationen diskutieren, sondern die gesamte Situation anschauen. Es sei Zeit, sich zu überlegen, wie man die Leute aus den Quartieren auch mit dem öffentlichen Verkehr ins Stedtli bringe. Seine Fraktion denke über einen Vorstoss zu diesem Thema nach. Zuerst aber wolle man mit der Verwaltung sprechen, um zu sehen, was diesbezüglich schon geschehen sei. Die SP-Fraktion werde dem Vorstoss auf jeden Fall zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, auch seine Fraktion sehe das Bedürfnis und sei grundsätzlich für die Überweisung. Es sei aber im Auge zu behalten, was das für Kosten nach sich ziehe.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, er erachte die Besucherfrequenz tagsüber als nicht sehr gross. Sicher sei sie am späteren Nachmittag und abends grösser. Er habe das beobachtet. Die Rosenstrasse sei durch die Buslinie auch nur in einer Richtung bedient. Dazu komme, dass eine Haltestelle im öffentlichen Verkehr im Regionalverkehr bei mittlerem Betrieb CHF 15'000.- pro Jahr koste. Er verstehe das Argument des hohen Verkehrsaufkommens, bezweifle aber, dass eine Bushaltestelle erzieherisch wirke. Im Übrigen brauche man vom Bahnhof bis zum Sport- und Kulturzentrum zu Fuss kaum zehn Minuten.

Bernhard Fröhlich (FDP) legt dar, er wohne nicht weit von diesem Zentrum. Tatsächlich herrsche dort reger Verkehr. Er sei auch erstaunt über die Meinung Ruedi Riesens, es lohne sich nicht, den öffentlichen Verkehr auszubauen, da dies sowieso keine Wirkung habe. Dies widerspreche der Politik, die seine Partei vertrete. Er sei der Meinung, dass man etwas zum Umdenken beitragen müsse. Er sehe bei diesem Zentrum auch relativ viele Kinder im Alter von acht, neun oder zehn Jahren. Es sei ein grosser Vorteil, wenn sie vom Zentrum her möglichst direkt einen Bus erreichen könnten, denn sonst bräuchten sie Begleitung, gerade bei Dunkelheit. In Zeiten niedriger Frequenzen könne der Bus auch an der Haltestelle vorbeifahren.

Stadtrat Ruedi Riesen macht darauf aufmerksam, dass das finanziell gesehen keine Rolle spiele, da der Kanton das Einrichten einer Bushaltestelle rechne.

Bernhard Fröhlich (FDP) betont, es sei wichtig, die Investition zu tätigen, in Anbetracht der Kinder und des Aspekts der Sicherheit. Auch an ältere Leute sei zu denken. Der Friedhof befinde sich ganz in der Nähe.

://: Das Postulat von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neue Bushaltestelle Rosen wird mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

309 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

10. Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sichere Wasserversorgung (Nr. 2008/201)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Sichere Wasserversorgung

Im Jahresprogramm 2007 (Punkt 4.4.2) sowie in seiner Antwort vom 09.08.2007 zur Interpellation betreffend Trinkwasserqualität (Nr. 2007/153a) erklärte der Stadtrat, die Zusammenarbeit mit dem Regionenverbund 1-9-2 werde geprüft und der Anschluss Liestals an diesen Regionenverbund geplant. In den Tageszeitungen vom 13.03.2008 war nun zu lesen, dass der Stadtrat auf einen – zumindest vorläufigen – Anschluss ans Hardwasser verzichtet, was erhebliche Mehrkosten nach sich ziehen könnte.

In diesem Zusammenhang bitten wir deshalb den Stadtrat um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum kann das Pumpwerk Gitterli langfristig nicht weiterbetrieben werden?
2. Ist der Ersatz des Pumpwerks Gitterli notwendig? Wenn ja, wie ist dieser Ersatz geplant?
3. Warum hat der Stadtrat die Absicht verworfen, sich dem Regionenverbund 1-9-2 anzuschliessen? Wie hoch wären die Investitionskosten und Anschlussgebühren für diese Lösung?
4. Welches sind die Alternativen zu einem Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2? Wie hoch werden die Kosten hierfür geschätzt?
5. Welche Qualitätsunterschiede gibt es zwischen dem „Liestaler Wasser“ und dem „Hardwasser“?
6. Bis wann muss die Hardwasser AG den Aktivkohlefilter eingebaut haben?
7. Welche Kostenveränderungen sind durch den Einbau des Aktivkohlefilters bei einem Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 zu erwarten?

Peter Furrer
SVP/CVP/EVP-Fraktion
12. April 2008

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass der Stadtrat eine schriftliche Antwort vorgelegt habe.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für die schriftliche Beantwortung der Fragen, zeigt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) meint, die Interpellation sei vielleicht auch die Basis für das dringliche Postulat gewesen, das heute überwiesen worden sei. Die Antworten des Stadtrats zeigten, dass ihm bewusst sei, dass die Erneuerung der Wasserversorgung geprüft werden müsse. Weniger beeindruckt sei er offenbar vom Termin, der für die Erneuerung notwendig sei. Weil eine solche Erneuerung jahrelange Vorbereitung erfordere, sei allmählich Aktivität gefragt. Über den Anschluss an den Regionalverbund seien offenbar genügend Informationen vorhanden, über konkrete Alternativen sehe man aber nichts in der Antwort. Solche Alternativen seien aber für eine saubere Lösungsevaluation notwendig. Die Talsohlen seien

immer mehr überbaut, die Risiken einer Wasserverschmutzung würden steigen. Für eine fristgerechte Erneuerung der Wasserversorgung sei deshalb Handeln angesagt.

Stadträtin Marion Schafroth erwidert, es stimme, dass jetzt Aktivität nötig sei, ob man nun für den Verbund mit der Hardwasser AG sei oder nicht. Zum Suchen nach Lösungen sei noch Zeit, aber man müsse dies jetzt angehen, das sei richtig. Alternativen seien in der Antwort nicht detailliert beschrieben. Sie werde jetzt aber nicht darauf eingehen, da das Postulat auf dem Tisch liege.

Somit ist die Interpellation erledigt.

310 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

11. Verfahrenspostulat von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion betreffend Einrichtung einer ständigen Einwohnerrats-Kommission für Soziales und Bildung (Nr. 2008/202)

Das Verfahrenspostulat hat folgenden Wortlaut:

Verfahrenspostulat betreffend Einrichtung einer ständigen Einwohnerrats-Kommission für Soziales und Bildung

Zu den zentralen Aufgaben der Gemeinden gehören neben Bau- und Planungsfragen und Finanzplanung die sozialen Aufgaben und die Bildung.

Dazu zähle ich insbesondere Jugend-, Alters- und Familienpolitik, Vorlagen zu Migration und sozialer Integration sowie die Schul- und Bildungspolitik.

Der Einwohnerrat hat sich immer wieder mit Vorlagen aus dem Stadtrat zu beschäftigen, welche einen oder mehrere dieser Bereiche betreffen. Im Gegensatz zu Bau- und Planungsvorlagen, wo dank einer ständigen ER-Kommission eine vertiefte Auseinandersetzung gewährleistet ist, werden diese Geschäfte entweder direkt behandelt oder müssen an ad hoc gebildete Gremien des ER übergeben werden. Wichtige Beispiele der letzten Zeit sind die Migrationsgruppe oder die Bildung einer Spezialkommission für die Vorlage betreffend familienergänzende Tagesstrukturen an den Schulen.

Die Einrichtung einer ständigen Einwohnerratskommission für Soziales und Bildung soll helfen, den Informationsstand im Rat und in den Fraktionen zu verbessern und so eine fundierte Auseinandersetzung mit den Geschäften zu gewährleisten. In der Kommissionsberatung können in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Bereichsverantwortlichen und VertreterInnen der Nebenbehörden (Schulrat, Sozialhilfebehörde) Fragen geklärt, Alternativen geprüft und ergänzende Anregungen angebracht werden. Ich betrachte das als nützlichen Beitrag zum politischen Meinungsprozess.

Das Büro wird beauftragt, die Einführung einer neuen ständigen Kommission für Soziales und Bildung und eine entsprechende Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (131.1) zu prüfen.

Walter Leimgruber
SP-Fraktion
11. April 2008

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erläutert, ein Verfahrenspostulat sei ein Vorstoss, der eine Änderung des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat oder eine Änderung der inneren Angelegenheiten des Rats bezwecke. Gemäss Geschäftsreglement habe das Büro über ein Verfahrenspostulat zu beraten. Das Büro habe sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, das Postulat entgegenzunehmen.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, die Idee zur Einrichtung einer ständigen Einwohnerrats-Kommission, die sich mit Vorlagen aus den Bereichen Bildung und Soziales befasse, sei ihm vor längerer Zeit gekommen, als er Präsident der Sozialhilfebehörde gewesen sei. Damals habe er erlebt, dass die Sozialhilfebehörde bei Geschäften manchmal eine andere Gewichtung als der Stadtrat als Gesamtgremium vorgenommen habe. Eine weitere Erfahrung habe er in Zusammenhang mit der Vorlage zur Reorganisation der Sozialen Dienste gemacht. Von der Tribüne aus habe er eine Diskussion erlebt, die seiner Meinung nach der Sache teilweise nicht gerecht geworden sei. Daraus sei die Idee entstanden, Geschäften, die Soziales und

auch Bildung betreffen, auf der Seite der Politik mehr Zeit und Raum zu geben, indem sich eine Kommission vertieft mit solchen Geschäften befasse. Eine solche vertiefte Arbeit könne dazu beitragen, dass die politische Meinungsbildung und der Entscheid, der am Schluss zu treffen sei, auf einer fundierten Basis entstünden. Wichtig sei ihm auch, dass nicht ad hoc eine Spezialkommission gebildet werden müsse und man dadurch Zeit verliere, sondern dass eine solche Kommission ständig bereit stehe. Ausserdem habe er noch eine Bemerkung zur Spezialkommission GoR zu machen: Im Geschäftsreglement für den Einwohnerrat stehe, dass eine Spezialkommission aufgelöst werden könne, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt habe. Ihm leuchte nicht ein, weshalb die GoR eine Spezialkommission sein solle. Es sei zu überlegen, ob man die GoR nicht zu einer ständigen Kommission machen wolle. Er bitte darum, sein Verfahrenspostulat zu überweisen.

Adrian Mächler (FDP) hält fest, in den letzten zehn Jahren habe der Rat nur zwei spezielle Gruppen eingesetzt, eine zum Thema Migration und eine zum Thema Tagesstrukturen. Seine Fraktion sei ausserdem der Ansicht, dass es Themen gebe, die man in der Fraktion und im Rat behandeln wolle. In der Fiko beispielsweise brauche es Spezialistenwissen, und die Kommission sei relativ apolitisch. Bei den Gebieten Soziales und Bildung aber wollten alle mitreden. Die Mehrheit der FDP-Fraktion sei der Meinung, dass man diese Themen nicht an eine Kommission abgeben wolle, sondern dass sie in den Fraktionen zu diskutieren seien und dann im Rat behandelt werden sollten. Wenn es eine Vorlage gebe wie diejenige zu den Tagesstrukturen, bei der viele Fragen offen seien, dann bilde man eine Spezialkommission.

Erika Eichenberger (GL) äussert, die Grüne Fraktion sehe dies ein wenig anders. Sie unterstütze die Idee einer ständigen einwohnerrätlichen Kommission, die für Soziales und Bildung zuständig sei. Es handle sich um sehr kostenintensive Bereiche. Deshalb sei zu erwarten, dass alle Fraktionen ein Interesse daran hätten, alle Geschäfte aus diesen Bereichen sorgfältig zu prüfen. Geschäfte aus den Bereichen Soziales und Bildung würden mit einer solchen Kommission auch eine Gleichbehandlung gegenüber den Geschäften aus anderen Bereichen erfahren. Im Einwohnerrat könne sich eine breite Kompetenz zu Fragen aus diesen Gebieten etablieren, man müsse nicht aus dem Bauch und den eigenen Erfahrungen heraus entscheiden. Die Grüne Fraktion unterstütze das Anliegen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) berichtet, ihre Fraktion habe das Thema lang und ausgiebig diskutiert und Pro und Kontra abgewogen. Sie sei zur Überzeugung gekommen, dass sich die Spezialkommissionen in der Vergangenheit bewährt hätten. Positiv hervorzuheben sei, dass sich für eine Spezialkommission immer Leute melden würden, die einen Bezug zum Thema hätten. Aus diesen Gründen lehne ihre Fraktion den Vorstoss ab.

Regula Nebiker (SP) sagt, sie sei nicht einverstanden mit der Argumentation von Adrian Mächler. Es gehe bei einer parlamentarischen Kommission nicht darum, Geschäfte an sie zu delegieren, sondern darum, den Ratsbetrieb zu versachlichen und zu vertiefen. Eine Kommission sei der Ort, an dem eine ausgewählte Vertretung der Fraktionen die Entscheidungsgrundlagen für ein Geschäft vorbereite. Die Erfahrung zeige, dass man bei gewissen Themen immer wieder auf unsicheren Boden gerate. Der Rat habe aber in der zu Ende gehenden Legislatur nicht zuletzt dank ausgezeichneter Kommissionsarbeit gut funktioniert. Eine Kommission sei keine Delegation, sondern sie Sorge für Arbeitsteilung, dafür, dass sich nicht alle so weit in eine Sache vertiefen müssten.

Marie-Theres Beeler (GL) meint, intensive Diskussionen in den Fraktionen und im Plenum seien tatsächlich wichtig. Sie sollten aber auch qualifiziert sein. Gerade dort, wo man sich betroffen fühle und von individuellen Erfahrungen ausgehe, sei man in Gefahr, unqualifiziert zu diskutieren. Deshalb brauche es ein fachliches Gegengewicht. In den Bereichen Soziales und Bildung vertrage es ausserdem keine Wartezeiten von drei bis vier Monaten, die es je nachdem brauche, bis eine Spezialkommission starte.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) macht darauf aufmerksam, dass der Vorstoss entweder ans Büro oder an eine Kommission überwiesen werden könne. Sie formuliere den Antrag deshalb folgendermassen: Wer das Verfahrenspostulat ans Büro überweisen wolle, solle dies mit der Karte zeigen.

://: Das Verfahrenspostulat von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion betreffend Einrichtung einer ständigen Einwohnerrats-Kommission für Soziales und Bildung wird mit 16 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen nicht an das Büro überwiesen.

311 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

12. Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Tor von Liestal (Nr. 2008/203)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Tor von Liestal

Das Törli – unser Wahrzeichen. Wenn ich die Malereien des Törli genauer ansehe, stelle ich fest, dass die Gemälde sehr blass und nicht mehr farbenfroh wirken. An der Wand (Seite Wasserturm) sind Risse sichtbar, was speziell bei Regenwetter für das Mauerwerk schädlich ist. Es erscheint mir ganz klar, je länger mit der Restaurierung zugewartet wird, umso teurer wird die ganze Sache.

Meine Fragen dazu:

- Wie und wann ist der Unterhalt des Törligebäudes vorgesehen?
- Sind Massnahmen für den Erhalt des Mauerwerks vorgesehen?
- Sofern solche Massnahmen vorgesehen sind, bis wann darf der Einwohnerrat mit einer Vorlage rechnen?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen.

Vreni Wunderlin-Friedli
FDP-Fraktion
14. April 2008

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, für den Unterhalt des Tors werde regelmässig gesorgt. Es würden Kontrolluntersuchungen durchgeführt, der Bauzustand werde auf die Statik hin untersucht und es würden Bestandesaufnahmen der Risse gemacht. Der Bau sei mit einem Kalkputz versehen, der spröde und rissanfällig sei. Die Risse würden aber nicht ins Mauerwerk hineingehen, deshalb stellten sie kein Problem dar. Die letzte grundlegende Untersuchung der Farben sei 1993 durchgeführt worden. Wenn man die Malereien sanieren wolle, müsse man nochmals eine solche Untersuchung machen. Damit der Stadtrat eine Vorlage ausarbeiten könne, müsse er das Thema zuerst in den Entwicklungsplan aufnehmen. Er könne sich vorstellen, die Sache in Zusammenhang mit der Aussenraumgestaltung der Stadt in die Hand zu nehmen und in den Entwicklungsplan 2010 einzustellen. Zusammenfassend lasse sich feststellen, dass nichts baufällig sei, sondern dass lediglich die Wandmalereien nicht mehr so schön aussehen würden.

Vreni Wunderlin (FDP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Vreni Wunderlin (FDP) sagt, sie sei froh, wenn man diese Angelegenheit anschau und in den Entwicklungsplan aufnehme. Bis zum Jahr 2010 dauere es allerdings noch lange. Das Törli werde ja auch bei Stadtführungen gezeigt. Die Malereien seien blass und nicht mehr attraktiv. Der Zeithorizont sei ihr wichtig. Der Rat solle möglichst genau wissen, wie die Er-

neuerung abgewickelt werde. Die Sache erscheine ihr auch prädestiniert dafür, dass man den Lotteriefonds um Unterstützung angehe.

Somit ist die Interpellation erledigt.

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Margrit Siegrist

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon